

TOP	Gegenstand	Seite	Vorlagen-Nr.
	I. <u>Öffentlicher Teil</u>		
1.	Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 17.03.2011	4	
2.	Kindertagesbetreuung in Einrichtungen; <u>hier:</u> Neubau der städtischen Kindertageseinrichtung „Haus für Kinder Vochem“	4	48/88 cy
3.	Stellungnahme zum Haushalt RJ 2011/2012 - Jugendetat -	7	9/11 a
4.	Förderung der Arbeit für Kinder und Jugendliche in Brühl	9	
4.1	Förderung der Arbeit für Kinder und Jugendliche in Brühl <u>hier:</u> Verteilungsvorschlag des Stadtjugendringes für die Nutzbarmachung von Jugendräumen		99/88 aj
4.2	Förderung der Arbeit für Kinder und Jugendliche in Brühl <u>hier:</u> Kommunaler Kinder- und Jugendförderplan 2011-2014	9	99/88 ak
5.	Mitteilungen		
5.1	Handlungskonzept zur Betreuung von Jugendlichen im öffentlichen Raum	11	99/88 am
5.2	Hilfen zur Erziehung <u>hier:</u> Fach- und Finanzkennzahlen zum Stichtag 28.02.2011		57/06 u
6.	Anfragen		
6.1	Karnevalsparty im Jugend- und Kulturhaus „Cultra“ <u>Bezug:</u> Anfrage Ratsfrau J. Mäsgen (Grüne) in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 17.03.2011	11	99/88 al
6.2	Aktion Jugendgemeinderat „Gewalt an Schulen“ Anfrage Ratsherr Wehr (FDP)	12	
6.3	Trägerwechsel Kinderhaus St. Heinrich Anfrage sachkundiger Bürger Wasem (CDU)	13	
6.4	Ferienaktion des „Cultra“ in der Giesler-Galerie Anfrage sachkundiger Bürger Wasem (CDU)	13	
6.5	Einladung und Protokolle der Sitzungen der AG 78 an die Fraktionen Anfrage Ratsherr Weitz (SPD)	13	

	II. <u>Nichtöffentlicher Teil</u>		
7.	Mitteilungen	13	
8.	Anfragen	13	

Die **Vorsitzende Küster (CDU)** eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass zu der Sitzung frist- und formgerecht eingeladen wurde. Änderungswünsche zu der Tagesordnung bestehen grundsätzlich nicht.

Der Pkt. 4 „Kindertagesbetreuung in Einrichtungen“ wird auf Antrag jedoch vorgezogen und zum Pkt. 2.

1. Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 17.03.2011

Die Niederschrift vom 17.03.2011 wird mit den nachfolgenden Korrekturen genehmigt:

- **Ratsfrau Mäsgen (Grüne)** bittet unter Pkt 6.7. (Seite 13) zum besseren Verständnis um folgende Änderung:

„Es wird von einer sehr positiven Resonanz der diesjährigen Karnevals party im „Cultra“, aber auch von Kritik am recht hohen Eintrittspreis berichtet.“

- **Sachkundiger Bürger R. Schmitz (fw /bVb)** verweist darauf, dass der Vermerk über seine Teilnahme an dieser Sitzung nicht zutreffend ist und bittet um Korrektur.

- **Frau Meyer (Kinderschutzbund)** verweist auf den richtigen Betrag von 90 €/Woche unter Pkt. 3 (Seite 7) und bittet um Korrektur.

2. Kindertagesbetreuung in Einrichtungen

hier: Neubau der städtischen Kindertageseinrichtung „Haus für Kinder Vochem“

- Vorlagen-Nr. 48/88 cy

Einführend zu diesem Thema hebt **Erster Beigeordneter Brandt** unter Hinweis auf Pkt. 3 der Vorlage die Besonderheit und damit das herausragende Argument hervor, dass die Neubauvariante der Einrichtung die kostengünstigere Variante sei. Des Weiteren wird ausgeführt, dass aus Sicht der Verwaltung die Pkt. 1 und 2 der Vorlage aus logistischer Sicht nicht minder wichtig, aus fachlicher Sicht aber eher noch bedeutender sind.

Im Hinblick auf die Einbindung in das Gesamtkonzept „Soziale Stadt Vochem“ (Pkt. 4 der Vorlage) werde anschließend Herr Caspers (Verwaltung) einige Erläuterungen an Hand des ausgehängten Planes geben.

Herr Caspers (Verwaltung) gibt daraufhin einige Erläuterungen zu dem Bauvorhaben, verweist aber auf die aus seiner Sicht im Zusammenhang mit der funktionalen und organisatorischen Betrachtungsweise eher bedeutenderen Pkt 1 und 4 der Vorlage hin.

Die Beteiligung seines Fachbereiches bei diesem Vorhaben ist auf den seltenen Fall der Erstellung eines städtebaulichen Hochbauprojektes im Rahmen des städtebaulichen Zusammenhanges gegeben. Er verweist nochmals auf seine in der Vorlage getroffene Aussage, dass aus städtebaulichen und funktionalen Gründen eine andere Entscheidung als die eines Neubaus - auch wenn dieser teurer gewesen wäre - nicht vertretbar sei.

Zu Pkt 1 der Vorlage wird darauf hingewiesen, dass die Funktionalitätsvorteile nicht allein nur auf den Hochbau bezogen, sondern auch im städtebaulichen Gefüge von entscheidender Bedeutung sind, z.B. die Vorhaltung von Stellplätzen. Hier gäbe es sicherlich eine Problematik, sofern man an einem Umbau des Altbaus festhalten würde.

Anschließend wird an dem ausgehängten Plan aus dem Gesichtspunkt des Projektes „Soziale Stadt Vochem“ die Funktion und Standortwahl eines Neubaus einer Kindertageseinrichtung erläutert. Es wird u. a. darauf hingewiesen, dass die Anbindung des Neubaus nicht mehr über die Merseburger Straße sondern über die Schöffstraße erfolgen werde.

Auch aufgrund der allgemeinen Lage der Einrichtung (Altbau oder Neubau) zum Thüringer Platz und damit der Verbindung zur „Sozialen Stadt“ ist dieser Standort auch im Hinblick auf das dortige Familienzentrum geradezu prädestiniert.

Nicht zuletzt erfahre das Umfeld des Thüringer Platzes und damit das Gesamtprojekt „Soziale Stadt“ eine Bereicherung durch die entsprechende Ansiedlung eines solchen „Multifunktionshauses“.

Des Weiteren wird darauf hingewiesen, dass in Kürze das Stadtteilbüro am Thüringer Platz eröffnet wird und darüber hinaus ein grundsätzlicher neuzeitlicher Ausbau des Thüringer Platzes in Planung sei. Mit der Umsetzung der Planung sei dann ca. Mitte bis Ende 2012 zu rechnen.

Aus städtebaulicher Sicht ist daher die Ansiedlung einer Kindertageseinrichtung in diesem Gebiet nur zu begrüßen, da sie gleichermaßen zu einer Steigerung und Aufwertung des Gesamtgebietes führt.

Es wird abschließend nochmals betont, dass ein neuzeitliches Gebäude mit seinen vielfältigen Möglichkeiten im Bereich der Kindertagesbetreuung, des Familienzentrums sowie von Angeboten im Rahmen der „Sozialen Stadt“ ausschließlich durch einen Neubau realisierbar ist.

Vorsitzende Küster (CDU) bedankt sich bei Herrn Caspers für seine interessanten Ausführungen.

Sachkundiger Bürger Wasem (CDU) teilt mit, dass seine Fraktion in jedem Falle für einen Neubau der Kindertageseinrichtung sei. Des Weiteren ist er der Auffassung, dass die Aussage in der Vorlage über einen kostengünstigeren Neubau nicht richtig sei und verweist dabei auf die dargestellten Kostensummen für den Altbau (2.240.000 €) und für den Neubau (2.405.000 €). Die zusätzliche Reduzierung der Neubaukosten um den Betrag von 293.750 € auf dann 2.111.250 € halte er für so nicht darstellbar und gerechtfertigt.

Auf die weitere Nachfrage hinsichtlich des Altbaus und ggf. entstehender Abbruchkosten, die nicht aus der Kostenberechnung ersichtlich seien, erwidert **Erster Beigeordneter Brandt**, dass nach seinen Informationen diese Kosten bereits in den Herstellungskosten enthalten sind.

Sachkundiger Bürger Wasem (CDU) fragt abschließend nach, ob es hinsichtlich der Bauvergabe schon eine Entscheidung gibt, z.B. Gebausie oder freie Vergabe.

Fachbereichsleiter Nahlik teilt mit, dass es hier noch keine Entscheidung gäbe.

Ratsfrau Mäsgen (Grüne) und der Fraktion erscheint der Neubau der Einrichtung die weitaus attraktivere Lösung möchte aber gerne wissen, wie es zu dieser Standortwahl gekommen ist. Sie verweist in diesem Zusammenhang auf weitere attraktive Freiflächen, die im Besitz der Gebausie oder aber der Ev. Kirchengemeinde Brühl sind und nicht in unmittelbaren Nähe zum Thüringer Platz liegen.

Herr Caspers (Verwaltung) entgegnet, dass hinsichtlich der angesprochenen Fläche der Ev. Kirchengemeinde Brühl (Parkplatz Am Sommersberg/Stiftstraße) hier bereits bestimmte Vorstellungen des Grundstückseigentümers vorliegen (Idee: Wohnungsbau). Man habe sich im Übrigen aufgrund der allgemeinen Rahmendaten im Zusammenhang mit „Sozialer Stadt“ entschlossen, sich auf den Bereich des Thüringer Platzes als Mittelpunkt zu fokussieren.

Grundsätzlich wird darauf hingewiesen, dass für derartige Neubaumaßnahmen (Kindertageseinrichtung) im Hinblick auf die notwendige kurzfristige Bereitstellung von weiteren Kindertagesplätzen auch die entsprechenden Flächen zur Verfügung stehen müssen und ggf. sogar noch Bauplanungsrecht geschaffen werden müsse. Allein aus dieser Tatsache und im Hinblick auf die Zeitschiene verbietet sich jede andere Standortwahl.

Ratsherr Weitz (SPD) spricht sich auch im Namen seiner Fraktion für einen Neubau der Tageseinrichtung aus. Er fragt an, wie die Kostenpositionen „Soziale Stadt“ (optional) in der Kostenberechnung sowie der Hinweis auf Verzicht von besonders kostspieligen Energiesparmaßnahmen (unter Pkt. 3.3.3-Fazit) zu verstehen sei und welchen Standard bei Energiesparmaßnahmen man ansetzen wolle.

Herr Caspers (Verwaltung) teilt mit, dass sich die optionalen Kostenpositionen auf mögliche Zuschüsse im Zusammenhang mit „Soziale Stadt“ beziehen, die bisher aber noch nicht im Förderprogramm sanktioniert worden sind. Eine endgültige Entscheidung hierüber werde erst im Jahre 2012/2013 erfolgen.

Erster Beigeordneter Brandt teilt unter Hinweis auf den vorletzten Absatz der Vorlage mit, dass es hier grundsätzlich zunächst um eine Vergleichbarkeit der beiden Maßnahmen (Altbau/Neubau) gehe. Über mögliche Energiesparmaßnahmen und deren Finanzierung werde dann zu einem späteren Zeitpunkt entschieden.

Ratsherr Riedel (LINKE) begrüßt ebenfalls den Neubau der Einrichtung.

Sachkundiger Bürger Wasem (CDU) fragt an, ob mit dem Beschluss auch gleichzeitig der Standort festgelegt sei, da dieser in der Vorlage so nicht benannt werde sondern heute nur mündlich vorgetragen wurde.

Ratsfrau Mäsgen (Grüne) fragt an, ob nicht aufgrund der neuen Informationen über den vorgeschlagenen Standort der Tageseinrichtung hier und heute kein Beschluss gefasst werde und dies dann in der Ratsitzung erfolge.

Fachbereichsleiter Nahlik spricht sich im Hinblick auf den Jugendhilfeausschuss als Fachausschuss und damit Empfehlunggeber gegen eine Verlagerung auf den Rat aus. Der Jugendhilfeausschuss habe hier die Fachkompetenz zu einer entsprechenden Beschlussfassung. Er schlägt vor, den Beschlusentwurf um den konkreten Standort der Einrichtung zu erweitern.

In Ergänzung des BeschlusSENTwurfes wird folgender Beschluss gefasst:

Beschluss:

Der Rat beschließt den Neubau der städtischen Kindertageseinrichtung „Haus für Kinder Vochem“ als fünfgruppige Einrichtung auf dem in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vorgeschlagenen Standort.

Abstimmungsergebnis: einstimmig, 1 Enthaltung

**3. Stellungnahme zum Haushalt RJ 2011/2012 - Jugendetat -
- Vorlagen-Nr. 9/11 a**

Erster Beigeordneter Brandt teilt die nachfolgenden Fortschreibungen des Haushaltes 2011/2012 mit, die allesamt die Produktgruppe 36.01 - Förderung von Kindern in Tagesbetreuung - betreffen :

- a) Bundessprachfördermittel i. R. d. Programms „Schwerpunkt-Kitas Sprache und Integration“ zur Finanzierung einer zusätzlichen Sprachförderkraft.
Die Gesamtmittel von 187.500 € für die Jahre 2011-2014 sind nach einem vorgegebenen Schlüssel für Personalkosten einschl. Fortbildung sowie Sachmittel zu verwenden.

Die Veranschlagung ist wie folgt vorgesehen (KS 36010490):

SK 414000: + 37.500 € (2011); + 50.000 € (jeweils 2012-2014) - Bundeszuschuss

SK 543100: + 3.850 € (2011); + 5.200 € (jeweils 2012-2014) - Sachkosten

SK 501200: + 29.850 € (2011); + 39.800 € (jeweils 2012-2014) - Personalkosten

SK 541201: + 3.800 € (2011); + 5.000 € (jeweils 2012-2014) - Fortbildungskosten

- b) KiBiz-Betriebskosten für Kindertageseinrichtungen
Aufgrund der beabsichtigten Novellierung des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) ergeben sich im Bereich der Kindpaulschulen in den Gruppenformen I und II Erhöhungen, die finanzielle Auswirkungen im Bereich der Gewährung von Landeszuschüssen sowie bei den Betriebskostenzahlungen an die Träger von Kindertageseinrichtungen haben.

Die Veranschlagung ist wie folgt vorgesehen (KS 36010000):

SK 448100: + 170.000 € (jeweils 2011-2015) - Landeszuschuss

SK 531800: + 440.000 € (jeweils 2011-2015) - Betriebskostenzahlung.

Ratsfrau Dr. Frantziach-Immenkeppel (CDU) regt für zukünftige Fortschreibungen eine entsprechende Tischvorlage an.

Erster Beigeordneter Brandt verweist darauf, dass es sich hier um eine Fortschreibung aus ganz aktuellem Anlass handelt und er dem Ausschuss eine Mitteilung über den finanziellen Umfang in den beiden Bereichen geben wolle. Die entsprechenden Zahlen würden dann selbstverständlich in die Haushaltsberatungen des Rates einfließen.

Herr Assenmacher (Caritas) bittet insbesondere im Hinblick auf die sachkundigen Bürger ebenfalls zukünftig um eine entsprechende Tischvorlage und verweist in diesem Zusammenhang auf die vorhin angesprochene Fachkompetenz des Jugendhilfeausschusses.

Erster Beigeordneter Brandt erwidert, dass nicht nur die Ratsmitglieder, sondern selbstverständlich auch alle anderen sachkundigen Bürger das entsprechende Fortschreibungs-Zahlenwerk mit den Unterlagen erhalten. Für die zukünftige Praxis der Fortschreibungen wurde Überprüfung zugesagt.

Herr Neumann (Amtsgericht) weist darauf hin, dass ohne eine entsprechende Vorlage der Zahlen die geforderte Stellungnahme nicht möglich sei.

Vorsitzende Küster (CDU) verweist nochmals auf die Kurzfristigkeit der Fortschreibung und die endgültige Beschlussfassung durch den Rat.

Herr Miron (Stadtjugendring) regt in diesem Zusammenhang die Vorlage des zukünftigen Haushaltes wieder auf Sachkontenebene und nicht auf der höherrangigen Kontengruppenebene an.

Fachbereichsleiter Nahlik sagt Weiterleitung der Anregung an die Kämmerei und den Stadtkämmerer zu.

Ratsherr Weitz (SPD) weist darauf hin, dass eine abschließende Stellungnahme seitens seiner Fraktion nicht möglich sei, da die Haushaltsberatungen noch nicht abgeschlossen seien.

Es wird angefragt, inwieweit das Konzept „Familienhebammen“ im Rahmen der Frühen Hilfen bereits angedacht ist und wo im Haushalt dafür die entsprechenden Kosten veranschlagt sind.

Des Weiteren wird im Zusammenhang mit den Personalaufwendungen für die Kindertageseinrichtungen um Erläuterung gebeten, wie hier der Sachstand der Entfristung von Arbeitsverträgen sei.

Abschließend wird noch nach der von der Landesregierung beabsichtigten Elternbeitragsfreistellung für das letzte Kindergartenjahr und der entsprechenden Auswirkung und Darstellung im vorliegenden Haushalt angefragt.

Herr Schmitz (Verwaltung) verweist auf die Veranschlagung bei den Frühen Hilfen (Produktgruppe 36.03, Seite 223, lfd. Nr. 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen, Ansatz 2011: 48.444 € und 2012: 52.964 €).

Es handelt sich hier um Hilfen, die ganz unkompliziert und ohne Antrag gewährt werden.

Es wird weiter darüber informiert, dass insgesamt 3 befristete Verträge in unbefristete Verträge umgewandelt worden sind und 2 weitere Entfristungen bevorstehen. Alle weiteren befristeten Verträge basieren auf der Tatsache, dass hier Mitarbeiterinnen sich noch in Elternzeit befinden und ein Recht auf Wiederkehr haben.

Hinsichtlich der Elternbeitragsfreistellung für das letzte Kindergartenjahr wird darauf verwiesen, dass z. Zt. lediglich ein Referentenentwurf des KiBiz vorliegt. Der Gesetzgeber habe sich aber bisher noch nicht festgelegt, in welcher Höhe diese Elternbeiträge den Kommunen dann erstattet würden. Die entsprechenden haushaltsrechtlichen Auswirkungen wären dann auf der Ertragsseite im Bereich der Landeszuschüsse sowie bei der Verringerung der Beitrags-Position (SK 432100, Kontengruppe 43) ersichtlich.

Ratsfrau Richter (SPD) fragt unter Hinweis auf Seite 218 der Haushaltsunterlagen (hier: Reinigungskosten) nach der Begründung der erheblich vom Mittelwert abweichenden Kosten bei den Kindertageseinrichtungen Clemens August und Auf der Pehle.

Herr Förster (Verwaltung) teilt mit, dass aufgrund des vorliegenden Krankheitsstandes beim städtischen Personal dieser beiden Einrichtungen Ersatzkräfte eingestellt werden mussten, deren Einsatz dann zu höheren Gesamtreinigungskosten geführt habe.

Ratsherr Pütz (CDU) erklärt für die CDU-Fraktion, dass keine Stellungnahme zum Haushalt abgegeben werde.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den vom Bürgermeister eingebrachten Haushaltsplan für die RJ 2011/2012 - Jugendetat - zur Kenntnis.

4. Förderung der Arbeit für Kinder und Jugendliche in Brühl

**4.1 Förderung der Arbeit für Kinder und Jugendliche in Brühl
hier: Verteilungsvorschlag des Stadtjugendringes für die Nutzbarmachung von Jugendräumen
- Vorlagen-Nr. 99/88 aj**

Herr Miron (Stadtjugendring) verweist auf einen einstimmig gefassten Beschluss der Vollversammlung und insbesondere auf eine 100 % Förderung bei der Evgl. Kirchengemeinde, da hier eine Eigenleistung des Jugendverbandes vorliegt.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die vom Stadtjugendring vorgeschlagene Verteilung der Mittel zur Nutzbarmachung von Jugendräumen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**4.2 Förderung der Arbeit für Kinder und Jugendliche in Brühl
hier: Kommunalen Kinder- und Jugendförderplan 2011 - 2014
-Vorlagen-Nr. 99/88 ak**

Sachkundiger Bürger Wasem (CDU) fragt unter Hinweis auf Seite 17, Punkt 5.1 an, inwieweit die Angabe der Gesamtkosten von 851.245 € für das Jahr 2011 korrekt sei, da in den vergangenen Jahren hier immer rd. 750.000 € ausgegeben worden sind.

Herr Schmitz (Verwaltung) verweist auf die Position „Jugendsozialarbeit“ in der Tabelle. Durch die personelle Ausweitung der Schulsozialarbeit sind hier die entsprechenden Mehrkosten angefallen.

Ratsherr Weitz (SPD) vermisst bei dieser Aufstellung die künftigen Auswirkungen des demographischen Wandels oder der Armut von Kindern und Jugendlichen auf die entsprechenden Planungen. Insbesondere bei der Schulsozialarbeit vermisst er die Anzahl der eingesetzten Schulsozialarbeiter. Er behalte sich jedoch für seine Fraktion vor, im Rahmen der Haushaltsberatungen die auf Seite 14 angegebenen Empfehlungen hinsichtlich des Personals als Planfestziele festzuschreiben und dann auch entsprechend in dem genannten Zeitraum bis 2014 umzusetzen.

Erster Beigeordneter Brandt teilt im Hinblick auf die Schulsozialarbeit in Brühl mit, dass an der Gesamtschule eine volle Stelle, an der Clemens-August-Schule eine $\frac{3}{4}$ -Stelle, an der Erich-Kästner-Realschule eine ganze Stelle, an der Pestalozzi-Schule eine $\frac{1}{2}$ -Stelle sowie eine ganze Stelle für die mobile Sozialarbeit an den Grundschulen besteht. Letztere Stelle ist ganz neu eingerichtet worden und sucht ihresgleichen bei Kommunen ähnlicher Größe.

Ratsfrau Mäsgen (Grüne) bemängelt das Fehlen einiger wichtiger Aspekte zur Konkretisierung dieses Kinder- und Jugendförderplanes und verweist dabei auf den entsprechenden Plan des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR). Insbesondere hätte sie sich bei den zentral über allen Schwerpunktfeldern liegenden Querschnittsaufgaben wie z. B. Berücksichtigung sozialer Lebenslagen, geschlechtergerechte Angebote, interkulturelle Bildung usw. eine dezidiertere Erläuterung als einzig zu fordernde Aspekte gewünscht. Darüber hinaus fehlten ihr Angaben zur möglichen Projektförderung oder Angaben zu Verfahren von Förderkriterien. Unter Hinweis auf den Plan des LVR wäre auch eine Darstellung zukünftiger Fördermöglichkeiten anstrebenswert. Dem Brühler Kinder- und Jugendförderplan fehle es ihrer Meinung nach an Konkretheit und einer Zukunftsperspektive.

Herr Schmitz (Verwaltung) kann die Kritik an dem Kinder- und Jugendförderplan nicht nachvollziehen und verweist auf die Beratung des Planes in der Arbeitsgemeinschaft nach § 78. Die vorgetragenen Kritikpunkte wurden nach seinem Kenntnisstand in dieser Beratung so nicht erhoben. Vielmehr wurde der hier und jetzt vorliegende Kinder- und Jugendförderplan so von dem für den Jugendhilfeausschuss vorberatenden Gremium AG 78 zur Kenntnis genommen und verabschiedet.

Es wird darauf hingewiesen, dass es eine Vielzahl von Möglichkeiten gibt, einen Kinder- und Jugendförderplan aufzustellen, wobei stets auch auf die entsprechenden Rahmenbedingungen einer Stadt abzustellen sei. Sofern aus dem Jugendhilfeausschuss der Wunsch nach einem differenzierterem und tiefer gehenden Kinder- und Jugendförderplan bestehe, bittet er um eine entsprechende Rückmeldung und um die Vorberatung dann in dem dafür zuständigen Gremium.

Vorsitzende Küster (CDU) schlägt aufgrund der Ausführungen von Herrn Schmitz eine entsprechende Aufnahme in das Protokoll dergestalt vor, dass in der AG 78 zunächst beraten werde, ob eine differenziertere Darstellung im Kinder- und Jugendförderplan erfolgen solle.

Frau Günsel (JGR) fragt nach dem Inhalt der Jugendleiter-Card an.

Herr Miron (Stadtjugendring) informiert darüber dass die Jugendleiter-Card von den obersten Landesjugendbehörden aller 16 Bundesländer beschlossen worden

sei. Es handelt sich dabei um eine Karte für alle ehrenamtlichen Mitarbeiter in der Jugendarbeit, die entsprechende Kriterien erfüllen müssen. Zum Einen ist es eine Anerkennung für die ehrenamtliche Arbeit an sich und zum Anderen werden mit dieser Karte verschiedenartige Vergünstigungen gewährt (z. B: Eintrittsermäßigung Karls-Bad).

Vorsitzende Küster (CDU) stellt abschließend den Tagesordnungspunkt 4.2. zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt den Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Brühl für den Zeitraum 2011 – 2014.

Abstimmungsergebnis: einstimmig, 3 Enthaltungen

5. Mitteilungen

5.1 Handlungskonzept zur Betreuung von Jugendlichen im öffentlichen Raum
- Vorlagen-Nr. 99/88 am

Ratsfrau Mäsgen (Grüne) bedankt sich zunächst für die umfassenden Erläuterungen in der Vorlage, verweist aber darauf, dass damit noch nicht über den entsprechenden Antrag der Grünen entschieden worden sei und bittet diesen Punkt nochmals auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen.

5.2 Hilfen zur Erziehung
hier: Fach- und Finanzkennzahlen zum Stichtag 28.02.2011
- Vorlagen-Nr. 57/06 u

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

6. Anfragen

6.1 Karnevalsparty 2011 im Jugend- und Kulturhaus „Cultra“
Bezug: Anfrage Ratsfrau Mäsgen (Grüne) in der Sitzung des
Jugendhilfeausschusses vom 17.3.2011

Vorsitzende Küster (CDU) bittet Herrn Uhle als Geschäftsführer des Arbeiter-Samariter-Bundes Erft/Düren e.V. (ASB) und damit Träger des Jugend- und Kulturhauses „Cultra“ um die erbetene Stellungnahme.

Herr Uhle (ASB) verweist auf eine sehr gelungene Veranstaltung auf hohem Niveau bei einer sehr großen Akzeptanz durch die Jugendlichen. Leider konnte aufgrund der großen Nachfrage nicht allen Jugendlichen ein Zutritt gewährt werden.

Es müsse daher der Schluss gezogen werden, dass der Eintrittspreis (8 €/Vorverkauf und 10 €/Abendkasse) im Hinblick auf das qualitativ hochwertige Angebot in Ordnung war. Die Getränkepreise waren mit 1 € für ein Bier 0,2 ltr. und eine Cola 0,3 ltr. sicherlich angemessen.

Auf die Konkretisierung der Anfrage angesprochen führt **Ratsfrau Mäsgen (Grüne)** aus, dass konkret drei verschiedene Eltern nachgefragt hätten, warum ein in ihren Augen solch hoher Eintrittspreis erhoben werde. Sie selber habe dann auch auf die entsprechenden Qualitätsstandards des „Cultra“ hingewiesen.

Grundsätzlich sei es ihr aber auch wichtig der Öffentlichkeit zu vermitteln, dass hier nicht an den Jugendlichen „verdient“ werden solle, sondern dass es gute Gründe für einen solchen Eintrittspreis gegeben habe.

Herr Uhle (ASB) verweist auf die Vielzahl anderer Eltern, die sich gerade über dieses Angebot für ihre Kinder gefreut habe und ganz bewusst die Kinder zu dieser Veranstaltung gebracht hätten. Es wird nochmals darauf hingewiesen, dass Qualität und Sicherheit seinen Preis habe. Es werden folgende Kostenpositionen beispielsweise benannt: Securitykräfte (1.960 €), Thekenpersonal, DJ-Kosten, Gema-Gebühren, Beamer, Künstlersozialkasse, etc.

Zusammengefasst müsse festgestellt werden, dass auch diese Veranstaltung kostenmäßig subventioniert worden ist.

Es wird im Hinblick auf den Vertrag mit der Stadt Brühl ergänzend noch darauf hingewiesen, dass der ASB einen jährlichen Eigenanteil von 25.000 € zu leisten habe. Im letzten Jahr habe der Eigenanteil sogar 70.000 € betragen.

Grundsätzlich wird darauf hingewiesen, dass es Ziel sein müsse, das „Cultra“ kostendeckend – unter Berücksichtigung des Eigenanteiles – zu betreiben. Eine noch größere Subventionierung solcher Veranstaltungen sei aber nicht denkbar.

Vorsitzende Küster (CDU) bedankt sich bei Herrn Uhle für seine umfassenden Ausführungen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

6.2 Aktion Jugendgemeinderat „Gewalt an Schulen“ **Anfrage Ratsherr Wehr (FDP)**

Unter Hinweis auf einen entsprechenden Beschluss des Integrationsausschusses, dieses Thema in einer der nächsten Sitzungen zu behandeln, wird angefragt, ob nicht auch dem Jugendhilfeausschuss ebenfalls in einer seiner nächsten Sitzungen entsprechende Erläuterungen und Informationen zu diesem Thema vorgelegt werden können.

Erster Beigeordneter Brandt sagt entsprechende Veranlassung zu.

**6.3 Trägerwechsel Kinderhaus St. Heinrich
Anfrage sachkundiger Bürger Wasem (CDU)**

Es wird angefragt, ob über die Pressemitteilung im Kölner Stadt-Anzeiger über einen bevorstehenden Trägerwechsel beim Kinderhaus St. Heinrich hinaus weitere zusätzliche Informationen hier und heute gegeben werden können.

Erster Beigeordneter Brandt ist selber verwundert über die Pressemitteilung, da es bis heute keinen neuen Erkenntnisstand gebe und verweist auf seine Zusage, den Ausschuss unmittelbar bei einem neuen Sachstand zu informieren.

**6.4 Ferienaktion des „Cultra“ in der Giesler-Galerie
Anfrage sachkundiger Bürger Wasem (CDU)**

Es wird angefragt, ob es schon irgendwelche Erfahrungsberichte oder Erkenntnisse über diese Ferienaktion gibt.

Herr Schmitz (Verwaltung) sagt Bericht in der nächsten Sitzung zu.

**6.5 Einladung und Protokolle der Sitzungen der AG 78 an die Fraktionen
Anfrage Ratsherr Weitz (SPD)**

Im Zusammenhang mit den Ausführungen von Herrn Schmitz (Verwaltung) unter Pkt 4.2. (Kinder- und Jugendförderplan) wird nochmals die Bitte wiederholt, die Einladungen sowie Protokolle der Sitzungen der AG 78 zukünftig an alle Fraktionsbüros zu übersenden, damit der Informationsfluss aus den Beratungen der AG 78 auch tatsächlich gewährleistet ist.

Vorsitzende Küster (CDU) bittet die Verwaltung zukünftig so zu verfahren.

-
